

REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Zl. 10.006/12-4/92

An das
Präsidium des Nationalrates

in Wien

1010 Wien, den 28. September 1992
Stubenring 1
DVR: 0017001
Telefon: (0222) 711 00
Telex 111145 oder 111780
Telefax 7137995 oder 7139311
P.S.K.Kto.Nr. 05070.004
Auskunft: Skarbal
Klappe: 6532 DW

84-001-01 P2

Datum: 29. SEP. 1992

1. Okt. 1992 Ba

Stitzwanger

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 hinsichtlich der Regelungen über die Säumnisbeschwerde geändert wird.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übermittelt als Beilage 25 Exemplare seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 hinsichtlich der Regelungen über die Säumnisbeschwerde geändert wird, zur gefälligen Kenntnis.

Für den Bundesminister:

B a u e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Redaktion

**REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium
für Arbeit und Soziales**

Zl. 10.006/12-4/92

An das
Bundeskanzleramt

in Wien

1010 Wien, den 28. September 1992
Stubenring 1
DVR: 0017001
Telefon: (0222) 711 00
Telex 111145 oder 111780
Telefax 7137995 oder 7139311
P.S.K.Kto.Nr. 05070.004
Auskunft: Skarbal
Klappe: 6532 DW

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 hinsichtlich der Regelungen über die Säumnisbeschwerde geändert wird.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nimmt mit Bezug auf das Schreiben vom 30. Juli 1992, GZ. 601.457/2-V/1/92, zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 hinsichtlich der Regelungen über die Säumnisbeschwerde geändert wird, wie folgt Stellung:

Vorgeschlagen wird, eine Verpflichtung der Behörde vorzusehen, daß gleichzeitig mit der Abfertigung des Ersuchens um ein Gutachten des EFTA-Gerichtshofes der Antragsteller davon und damit von der Erstreckung der Frist zur Erhebung einer Säumnisbeschwerde in Kenntnis zu setzen ist, um unnötige Kosten einer "vorzeitigen" Säumnisbeschwerde zu sparen.

Dem Präsidium des Nationalrates wurden 25 Exemplare dieser Stellungnahme übermittelt.

Für den Bundesminister:

Bauer

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

